

Der kommende NATO-Gipfel wirft seinen Schatten voraus

Ein Gipfel der Superlative wird zum 60-jährigen Bestehen der NATO beidseits des Rheins stattfinden.

von jutta hartlieb

strassburg Staats- und Regierungschefs aus 26 Ländern, 3000 Delegationsmitglieder, 4000 Journalisten und drei Tagungsorte in zwei Ländern: Das Anfang April in Strassburg, Baden-Baden und Kehl am Rhein geplante Treffen zum 60-jährigen Bestehen der NATO gilt als Gipfel der Superlative. Entsprechend intensiv laufen die Vorbereitungen auf beiden Seiten des Rheins. Vor allem die Sicherheitsbehörden stellt der Gipfel am 3. und 4. April vor riesige Herausforderungen. Denn neben US-Präsident Barack Obama und anderen Gipfelteilnehmern haben sich auch weniger willkommene Gäste angekündigt: NATO-Gegner aus über 20 Ländern, die das Treffen mit Demonstrationen und Strassenblockaden stören wollen. Von den erwarteten mehreren zehntausend Demonstranten könnten gut 3000 potentiell gewalttätige Randalierer sein, warnt ein Sprecher des Innenministeriums in Stuttgart. Im Internet hätten einige Gruppen bereits Randalie angekündigt.

«Stören, blockieren, belagern»

Das soll mit drakonischen Vorkehrungen verhindert werden. An allen Tagungsorten werden «rote Zonen» eingerichtet, in die Anrainer nur mit speziellen Ausweisen gelangen. Demonstrationen sind nur in sicherem Abstand zu diesen Zonen erlaubt. Das gilt auch für Baden-Baden, wo das Grossereignis am Abend des 3. April mit einem Galadiner eröffnet wird. Das Demonstrationsrecht sehe nun mal Grenzen vor, betont der Sprecher des Innenministeriums. Zumindest einige radikale Gruppen scheinen aber entschlossen, sich nicht an diese Grenzen zu halten. «Wir müssen das Treffen stören, blockieren, belagern», fordert die Bewegung «Dissent» im Internet.

Konflikt in Strassburg

In Strassburg hat sich der Ton zwischen Behörden und Organisatoren eines «Protestcamps» erheblich verschärft. Letztere lehnen die Auflagen der Präfektur für das ausserhalb der Stadt geplante Camp ab. Sie drohen inzwischen, auf das Lager zu verzichten und sich stattdessen in Parks und auf Plätzen niederzulassen. Auch von Hausbesetzungen ist die Rede. Für die Behörden ist diese Aussicht ein Albtraum. Protestaktionen an unterschiedlichen Orten würden die «Sache komplizieren», räumt der Kabinettschef in der Strassburger Präfektur, Pierre Ory, ein. Die Sicherheitskräfte würden aber auf alle ungenehmigten Aktionen «angemessen reagieren».

Riesiges Einsatzgebiet

Dabei hat die Polizei auch ohne die befürchteten Ausschreitungen alle Hände voll zu tun. Schliesslich muss ein Einsatzgebiet abgesichert werden, das sich entlang des Rheins auf gut 2000 Quadratkilometer erstreckt. Geklärt werden muss beispielsweise, welche Polizeieskorten Obama und seine Kollegen auf der Fahrt von Baden-Baden nach Strassburg

und Kehl begleiten. Erschwert wird die Planung dadurch, dass die Logis der Gipfelteilnehmer wohl erst in letzter Minute bekanntgegeben werden. (afp)